Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918
1898

22 (27.1.1898) Parlaments-Ausgabe

Visual Library

Ausgabe: Wöchentl. zwölf mal. Abonnementspreis: Vierteljährlich: in Karlsruhe durch eine Agentur bezogen: 2 Mark 50 Pf., in das Haus gebracht: 2 Mark 80 Pf., durch die Post ohne Zustellgebühr 2 Mark 50 Pf. Vorausbezahlung.

Badische Landeszeitung

mit täglichem Unterhaltungsblatt und Verlosungsbeilage.

Anzeigegebühr: Die 1spaltige Kolonelzeile oder deren Raum für Lokal-Inserate 15 Pf., für auswärtige Inserate 20 Pf., im Reklameteil 60 Pf. Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt.

Parlaments-Ausgabe. Karlsruhe, den 27. Januar 1898.

Parlamentarische Verhandlungen.

Nachdruck ohne Vereinbarung nicht gestattet.

Deutscher Reichstag.

25. Sitzung vom 25. Januar.

Das Haus ist sehr schwach besetzt.

2 Uhr. Am Bundesrathstische: Staatssekretär Graf Posadowsky u. A.

Die zweite Berathung des Etats des Reichsamts des Innern wird fortgesetzt bei dem Kapitel: „Börsenausschuß und Berufskammer in Ehrengerichtssachen gegen Börsenbesucher."

Abg. Dr. **Barth** (fr. Vg.): Herr Graf Arnim hat in Aussicht gestellt, neue gesetzgeberische Maßnahmen vorzuschlagen, falls das Oberverwaltungsgericht die Entscheidung des Bezirksausschusses bestätigen sollte. Aber die Berliner Kaufmannschaft denkt gar nicht daran, in den Feenpalast zurückzukehren, mag nun die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes ausfallen, wie sie will. Es wird also Alles bleiben, wie es ist. Herr Dr. Paasche hat gestern selbst zugegeben, daß das Börsengesetz kein Meisterwerk sei, er hat jedoch die Schuld an dem Zustandekommen des Gesetzes nicht der Majorität, die das Gesetz angenommen hat, sondern uns zugeschoben. Weiß Dr. Paasche denn gar nicht, daß er damit seinen agrarischen Freunden ein Armuthszeugniß ausstellt? (Sehr richtig! links.) Wir haben uns in der Kommission gegen alle bedenklichen Bestimmungen des Gesetzes nach Kräften gesträubt, leider jedoch ohne Erfolg. Gegen das Verbot des Terminhandels haben nicht nur wir uns gewendet, nein, auch der Unterstaatssekretär Rothe hat in längerer Rede dieses Verbot bekämpft. Herr Dr. Paasche meinte gestern, einen Artikel der „National-Zeitung" gegen uns ausspielen zu können. Aber die „National-Zeitung" hat nur festgestellt, „daß die centralistische Entwickelung der Geschäfte in den großen Banken bereits früher machtvoll eingesetzt hätte. Diese Tendenz sei ein Kind der neuesten wirthschaftlichen Strömung überhaupt, und das Börsengesetz habe ihr nur den sanktionirenden Stempel aufgedrückt, es habe den Sieg des Großkapitals auch in einem Zweige der Produktion vollendet, wo bisher dem Individualismus und dem selbstständigen Unternehmerthum noch ein breiter Spielraum gegeben war: in der Beschaffung von Kapital und Kredit." Wir haben niemals bestritten, daß diese Konzentration des Bankgeschäfts in einzelnen kapitalkräftigen Händen aus allgemeinen wirthschaftlichen Ursachen hervorgegangen ist. Aber er ist ganz unbestreitbar, und das kommt auch in dem Artikel der „National-Zeitung" zum Ausdruck, daß diese Tendenz zur Konzentrirung verschärft worden ist durch die Bestimmungen des Börsengesetzes. Das Börsengesetz hat in dieser Beziehung ganz allgemein gewirkt, zu Gunsten der großen Kapitalisten und zu Ungunsten derjenigen Kreise, die die Agrarier Mittelstand nennen. Es hat sich herausgestellt, daß die Wirkungen des Börsengesetzes gerade die Interessen der Landwirthschaft und der kleinen Kapitalisten verletzt haben. Denn durch die Beseitigung des Terminhandels ist grade den weniger kapitalkräftigen Elementen die Betheiligung am Getreidehandel erschwert, weil ihnen die Deckung durch den Terminhandel jetzt fehlt. Wir haben auch dies warnend vorausgesagt. Denn es ist nicht gut, wenn der ganze Handel nur in wenigen kapitalkräftigen Händen liegt, es ist besser, wenn sich auch mittlere und kleinere Geschäfte daran betheiligen. Wir halten es für unsere Pflicht, immer und immer wieder auf die schädlichen Wirkungen des Börsengesetzes hinzuweisen, damit die Agrarier uns so bald nicht wieder mit ihrer gesetzgeberischen Weisheit beglücken.

Abg. Dr. **Hahn** (b. k. Fr.): Wenn man genauer zusieht, so stellt sich heraus, daß gerade das Gegentheil eingetroffen ist von dem, was Dr. Barth behauptet. Die Schädlichkeit des Terminhandels haben bei der Börsenenquete fast alle zugegeben. Wenn ich ein Thermometer in die Hand nehme, so steigt das Quecksilber. Ebenso hat die eine oder andere Kapitalsgruppe ihre Hand an die Quecksilbersäule der Preisbildung gelegt und diese künstlich in die Höhe getrieben. Ich verkenne nicht, daß der eine oder andere minder kapitalkräftige Händler durch Aufhebung des Terminhandels nicht mehr so viel Getreide ankaufen kann wie früher, aber das darf nicht in Betracht kommen gegenüber den Vortheilen, die die Aufhebung des Terminhandels gebracht hat. Die Landwirthschaft ist jetzt unabhängig geworden von der Beeinflussung der Geldmächte. Die Disparität zwischen dem Chicagoer Preis und dem Berliner Preis ist bereits von 36 Mark auf 20 Mark gesunken. Leider wirkt aber das Zettelgeschäft in der Heiligengeistgasse und die Frühbörse noch immer in dieser Richtung. Würden diese beseitigt werden, so würde die Disparität völlig schwinden. Ein weiterer Vortheil der Aufhebung des Terminhandels ist der, daß die Preisbildung sich nicht mehr so sprungbaft gestaltet, sondern eine gewisse Stetigkeit erlangt hat. Was die Zölle anlangt, so wäre es erwünscht, falls es sich in den Handelsverträgen ermöglichen lasse, statt der festen Zölle einen sich nach dem Getreidepreise richtenden schwankenden Zollsatz, also eine sog. gleitende Skala einzuführen. Den Handelsminister bitte ich, endlich die Zettelgeschäfte in der Heiligengeistgasse und den Frühmarkt ins Auge zu fassen. Wenn er zur Ansicht gelangt, daß der Frühmarkt als Börse anzusehen sei, so muß dieser unter die Bestimmungen des Börsengesetzes fallen. Der Wegfall der Notirungen an der Berliner Produktenbörse hat die Landwirthe veranlaßt, sich selbst zu helfen. Die Landwirthschaftskammern machen jetzt selber ihre Notirungen, die nicht schlechter sind als die früheren. Es wäre uns ganz lieb, wenn die Freisinnigen eine Reform des Börsengesetzes beantragten. Dann würden wir mit einem ganzen Bouquet von Wünschen kommen, die wir auch mit dem nöthigen Nachdruck vertreten würden. Wir wünschen u. A. eine Trennung der Depositengeschäfte von den Unternehmergeschäften an den Banken, wir wünschen ferner, daß die Kompensationsgeschäfte der großen Banken endlich steuertechnisch herangezogen werden. Vom Börsenkommissar möchten wir verlangen, daß er jährlich einen Bericht erstatte, damit man in der Lage sei, ein objektives Bild von der Gestaltung des Börsenwesens zu bekommen. Was wir jetzt von Berichten zu lesen bekommen, ist mehr oder minder parteiisch. Eine objektive Berichterstattung ist um so nothwendiger, als es nur Wenige giebt, die vom Börsenwesen eine genaue Kenntniß besitzen.

Abg. Dr. **Paasche** (nl.): Das „Berliner Tageblatt" schrieb heute, daß ich heute eine gebührende Antwort auf meine gestrigen Ausführungen erhalten werde. Ich habe aber etwas ganz Anderes erwartet, als was der Abg. Barth vorgebracht hat, obgleich er beinahe 18 Stunden Zeit gehabt hat, sich die Sache zu überlegen. Ich habe keineswegs gesagt, daß Sie (links) an dem Gesetze schuld sind, sondern nur, daß Sie die Sachkenntniß für sich in Anspruch nehmen. Wir haben auch auf unserer Seite Leute, die sich ernsthaft mit der Sache befaßt haben. Als ich Herrn Dr. Barth seiner Zeit fragte, warum seine Freunde keine Anträge stellen, hieß es: „Machen Sie das Gesetz nur so schlecht wie irgend möglich". (Heiterkeit.) Die Börsenblätter stimmten damals Jubelhymnen an: „Wieder einmal ist das Gesetz durch einen Antrag der Agrarier verschlechtert worden." Hätten Sie (links) aus Ihrer Sachkenntniß heraus damals Anträge gestellt, so hätten wir sie ernsthaft geprüft. Der Abg. Barth hat damals in der Kommission nicht den Antrag gestellt, das Börsenregister aufzuheben, sondern die Gebühren zu streichen, und er hat ausdrücklich gesagt, daß er nichts Ehrenrühriges für den Kaufmannsstand in dem Register sehe. Was den Terminhandel betrifft, so hätte nach der Regierungsvorlage der Bundesrath jeden Terminhandel untersagen können, sie ging also weiter als unsere Beschlüsse. Dr. Barth deutete an, wir hätten garnicht die Berufung zur Gesetzgebung, denn wir, die wir den Mittelstand vertreten wollen, ruinirten denselben. Nun, wenn solche Bankgeschäfte in Berlin verschwinden, die ankündigen, daß sie Zeitgeschäfte vermitteln, an deren Schaufenstern steht: „Telephon zur Börse", so hätten wir unsere Berufung zur Gesetzgebung schon vollständig dokumentirt (Zustimmung rechts). Was Herr Dr. Barth sagt, sind blos subjektive Behauptungen (Lachen links).

Abg. **Fischbeck** (fr. Vp.): Es wird Ihnen nicht gelingen, die Verantwortung für das Börsengesetz von sich abzuschütteln. Was hat denn das Vorgehen gegen die Produktenbörse Gutes gehabt? Es hat die Landwirthe mit geschädigt, und viele Landwirthe denken auch über diese Maßregel ganz ebenso wie wir. Daß an der Berliner Produktenbörse von außerhalb her sehr viel spekulirt sei, ist eine alte irrige Annahme von Ihnen, es ist wenigstens lange nicht in dem Maße geschehen, wie Sie behaupten. Auch die Annahme, daß die Preisschwankungen durch das Börsengesetz vermindert seien, ist nicht zutreffend. Haben denn früher die Ritter und Blumenfeld, Cohn und Rosenberg ihren Zweck erreicht, als sie den Marktpreis zu bestimmen versuchten! Sie sind dabei elend zu Grunde gegangen. Die zollpolitischen Gedanken des Herrn Hahn hat eigentlich viel besser schon der Abg. Ahlwardt vorgebracht, der die Getreidepreise erhöhen wollte, ohne daß die Konsumenten mehr zahlen sollten. (Heiterkeit.) Wenn es Ihnen jetzt nicht gelingt, zuverlässige Preisnotirungen zu erhalten, so sind Sie selber daran schuld, nicht die Kaufmannschaft. Der Kaufmannschaft kann man es nicht verdenken, daß sie sich kein Kontrolorgan von landwirthschaftlicher Seite gefallen lassen will, nachdem die agrarischen Führer den Börsenvorstand in der unerhörtesten Weise beleidigt und verleumdet haben. Die Berliner Kaufleute waren auch gar nicht abgeneigt, Vertreter der Landwirthschaft in den Börsenvorstand zu wählen, aber sie verlangten mit Recht, daß zuvor die Mitglieder der Landwirthschaftskammer in die Börse eintreten sollten — das haben Sie abgelehnt — sie haben sich nur gegen die Oberaufsicht von Vertreten der Landwirthschaft und gegen die Mitwirkung von Leuten gewandt, die den Börsenvorstand in einer Art behandelt hatten, als bestände er aus Lügnern und Betrügern. Ich glaube nicht, daß die Berliner Kaufleute an die Produktenbörse zurückkehren werden, mag die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts so oder so ausfallen. Für die Folgen des Börsengesetzes ist einzig und allein die agrarische Mehrheit verantwortlich. Bis jetzt haben Sie noch verhältnißmäßig Glück gehabt, da das Börsengesetz in einer Zeit in Kraft trat, wo die Getreidepreise eine aufsteigende Tendenz zeigten. Warten Sie ab! Die wahren Folgen werden Sie erst dann kennen lernen, wenn sich die Preise in absteigender Linie bewegen. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Graf **Arnim** (Rp.): Die Ausführungen des Vorredners zeigen mir nur, daß er die Zeit wieder zurückwünscht, wo der Outsider noch geschröpft werden konnte. Die kleinen Landwirthe werden durch das Börsengesetz in Folge der dadurch bewirkten Stetigkeit der Preise geschützt, wenn wir uns auch dessen sehr wohl bewußt waren, daß eine große Preissteigerung durch das Gesetz noch nicht hervorgerufen werden würde, so lange nicht auch die außerdeutschen Staaten den Terminhandel abschaffen. Immerhin sind bei uns im letzten Jahre lange nicht derartige Sprünge in der Preisbildung vorgekommen wie früher. In den Berliner liberalen Zeitung, insbesondere in der „Vossischen Zeitung", wird das Börsengesetz als ein Ausfluß des Hasses der Agrarier gegen die Börse bezeichnet. Wie wenig Sie damit Recht haben, beweist schon die Thatsache, daß die Landwirthe sich bemüht haben, selbst an den Arbeiten der Börse theilzunehmen, theilzunehmen in ganz bescheidener Weise. Aber auch das ist ihnen verwehrt worden. Ich behaupte, in Deutschland übt ein kleiner kapitalkräftiger Kreis einen Terrorismus aus und läßt die große Masse der soliden Händler nicht zu Wort kommen, die, namentlich in der Provinz, mit den bestehenden Zuständen durchaus zufrieden sind. Ich bitte den Abg. Fischbeck, seine Angriffe gegen uns etwas näher zu präzisiren und zugleich die Beweise für seine Anschuldigungen zu erbringen. Gegen derartige allgemeine Behauptungen aber, wie er sie heute vorgebracht hat, muß ich im Namen meiner Freunde aufs energischste protestiren. In einer Hinsicht muß ich allerdings meine Bemerkungen von gestern etwas einschränken, ich habe gestern gesagt, die ganze Mark Brandenburg litte unter dem Mangel eines Berliner Marktes. Mir ist jetzt jedoch mitgetheilt, daß an verschiedenen Orten der Mark Brandenburg, in Eberswalde u. s. w. Märkte eingerichtet wären, mit denen die Landwirthe durchaus zufrieden seien, ein Mangel würde daher nur in der allernächsten Umgebung Berlins empfunden. Wenn die Freisinnigen mit dem Börsenregister so unzufrieden sind, weshalb bringen sie denn nicht einen Antrag auf Aufhebung dieses Registers ein? Ich hoffe, daß sich im Laufe der Zeit immer mehr Leute in das Register eintragen lassen. Ich schließe mit dem Wunsch, der Staatssekretär möge dem Reichstag das Material vorlegen, das dem Bezirksausschuß bei seiner bekannten Entscheidung zur Verfügung gestellt war.

Abg. **Schwarze** (Centr.) ist der Meinung, daß das Verbot des Terminhandels sehr günstig gewirkt habe, da früher sehr viele Leute durch das Terminspiel unglücklich geworden seien. Auch das Börsenregister hätte viele vom Spielen abgehalten.

Abg. **Hilpert** (bair. Bauernbund): Die Freisinnigen behaupten immer, daß von hohen Getreidepreisen nur die Großgrundbesitzer Nutzen hätten. Bei uns kennt man aber Großgrundbesitzer nur dem Namen nach. Wenn durch das Verbot des Terminhandels die Möglichkeit geboten wäre, die Preise höher zu schrauben, so würden wir das verurtheilen. Unsere Landwirthe verlangen die Preise nicht höher, als sie jetzt sind (Heiterkeit links). Möge doch die Linke versuchen, das Verbot des Terminhandels zu beseitigen! Sie wird keinen Erfolg damit haben.

Abg. **Fischbeck** (fr. Vp.): Mit Herrn Schwarze, dem Vater des Börsengesetzes, werden wir uns nie verständigen. Interessant war die Erklärung des Vorredners, daß die Landwirthe keine höheren Preise haben wollen. Die Herren Agrarier verlangen doch sonst immer mehr. Die Auslandsstaaten werden zu keinem Verbot des Terminhandels kommen. Im Gegentheil, einige Staaten freuen sich darüber, daß sie den Terminhandel haben, während Deutschland ihn verboten hat (Abg. v. Kardorff: Welche Staaten sind denn das?) Herr v. Arnim fordert mich auf, meine Angriffe zu präzisiren. Ich erinnere daran, daß Graf v. Klinckowström im Herrenhause über die Königsberger Mühlengesellschaft Behauptungen aufgestellt hat, die er nicht beweisen konnte und die die Gesellschaft schädigen konnten. Das Gericht hat erkannt, daß diese Behauptungen unwahr sind.

Abg. Graf **v. Arnim** (Rp.) bemerkt, daß man sich vom ausländischen Getreide auch dadurch emanzipiren solle, daß man bessere Weizensorten bei uns baue, das ein ebenso gutes und weißes Mehl gebe, wie das ausländische.

Damit schließt die Debatte.

Persönlich bemerkt

Abg. **Gamp** (Rp.): Herr Fischbeck hat behauptet, daß ich die Aeltesten der Kaufmannschaft fortgesetzt angreife. Das ist eine grobe Unwahrheit. Er vergißt ganz, daß es mein Verdienst gewesen ist, wenn die Aeltesten der Kaufmannschaft noch heute bestehen. Ich habe im Abgeordnetenhause unter Hinweis auf ihre vorzügliche Wirksamkeit einen auf die Gefährdung ihrer Existenz gerichteten Antrag bekämpft und zur Ablehnung geführt. Ich habe lange Zeit in amtlichen und außeramtlichen Beziehungen mit den meisten dieser Herren gestanden, und ich schätze sie alle viel zu hoch, um ihnen gegenüber Vorwürfe zu erheben, die nicht gerechtfertigt sind.

Abg. **Fischbeck:** Ich konstatire, daß ich Herrn Gamp gar nicht genannt habe. Ich habe nur davon gesprochen, daß die Kaufleute sich gekränkt fühlen müssen, wenn fortgesetzt in der Art, wie es hier geschieht, gegen sie Vorwürfe erhoben werden. Wenn Herr Gamp mir den Vorwurf der groben Unwahrheit macht, so mache ich ihn darauf aufmerksam, daß gerade Herr Gamp früher unrichtige Behauptungen über die Kaufmannschaft aufgestellt hat.

Abg. **Gamp:** Auch diese Bemerkung ist vollständig unwahr. Ich habe bei der dritten Lesung des Börsengesetzes oder des Etats nachgewiesen, daß auch nicht eine Spur von Unwahrheit in den betr. Behauptungen von mir vorhanden war.

Vicepräsident **Schmidt:** Ich nehme an, Herr Gamp hat Herrn Fischbeck nicht eine wissentliche Unwahrheit vorwerfen wollen.

Abg. **Gamp:** Nein! Dann hätte ich es als Verleumdung bezeichnet. (Heiterkeit.)

Abg. **Fischbeck:** Ich sowohl wie die Herren, bei denen ich mich erkundigt habe, haben den Eindruck von der Rede des Herrn Gamp nicht gewonnen, daß seine Behauptungen der Wahrheit entsprechen.

Abg. **Gamp:** Welchen Eindruck Herr Fischbeck und diejenigen Herren, bei denen er sich erkundigt, von meiner Rede gewinnen, ist mir ganz gleichgültig. Ich habe damals meinen Standpunkt klargelegt.

Der Titel wird bewilligt.

Beim Kapitel Statistisches Amt befürwortet

Abg. **Werner** (Antis.) eine Aufbesserung der Assistenten, wobei er sich auf eine von solchen eingegangene Petition beruft. Den Assistenten müßte auch diejenige Zeit angerechnet werden, während welcher sie, ohne daß sie fest angestellt waren, zu dauernden Arbeiten herangezogen worden seien. Er stelle den Antrag, die Position an die Budgetkommission zurückzuverweisen, ebenso beantrage er, auch die Petition der Kommission zu überweisen.

Staatssekretär Dr. Graf **v. Posadowsky:** Diese Stellen sind wiederholt aufgebessert worden. Die Frage der Anrechnung der diätarischen Beschäftigung ist wiederholt erörtert, und es ist der Grundsatz aufgestellt worden, daß diejenigen Etatsjahre, welche über die fünfjährige Beschäftigung hinausgehen, auf das Dienstalter anzurechnen sind. Die Beamten, um die es sich hier handelt, haben früher 4 Mk. Diäten erhalten. Die Frage kann nicht für diese Beamten singulär geregelt werden. Ich bin gerne bereit, nochmals in eine Untersuchung einzutreten, kann mich aber kaum der Hoffnung hingeben, daß den Wünschen der Petenten Folge gegeben werden kann.

Abg. Dr. **Paasche** (nl.) beantragt die Petition der Budget- oder der Petitionskommission zu überweisen, und wendet sich gegen den Antrag, die Position an die Kommission zurückzuweisen.

Abg. **Werner** erklärt sich damit einverstanden und hält dem Staatssekretär gegenüber daran fest, daß die Beamten von Anfang an zu dauernder Beschäftigung herangezogen worden seien.

Staatssekretär Dr. Graf **v. Posadowsky:** Die Beamten werden, wenn sie einberufen werden, pro Tag bezahlt. Werden sie voraussichtlich dauernd behalten, so erhalten sie eine Jahresremuneration.

Die Petition wird der Budgetkommission überwiesen. Das Kapitel wird angenommen.

Beim Kapitel Normal-Aichungs-Kommission spricht

Abg. **Müller**-Sagan (frs. Vp.) seine Verwunderung darüber aus, daß beinahe die Hälfte aller geprüften und als unzulässig befundenen Gewichte auf Schlesien entfallen. Das erklärt sich aus der Art des Vorgehens der schlesischen Aichungskommission. Die dort beanstandeten Gewichte sind zum Theil nach Berlin geschickt worden und hier ohne weiteres geaicht worden.

Staatssekretär Dr. Graf **v. Posadowsky:** Es ist allerdings richtig, daß in Schlesien die Zahl der von der Aichungskommission verworfenen Gewichte und Wagen fast viermal so groß ist, als in den anderen Landestheilen. Der Prozentsatz der verworfenen Gewichte ist vom Jahre 1895 an fortdauernd von 19 bis auf 35 Prozent gestiegen. Das mag ja an einer gewissen Strenge der Aichungskommission liegen, vor Allem aber liegt es wohl an der nicht ganz tadellosen Herstellung der Gewichte. So wurden einmal allein 13500 Gewichte zurückgewiesen, weil sie nicht die vorgeschriebene Justierhöhlung hatten. Ich werde aber auf Grund der heutigen Erklärung des Vorredners der Sache nachforschen und gelegentlich Auskunft geben.

Das Kapitel wird bewilligt.

Zum Kapitel „Reichsgesundheitsamt" liegt ein Antrag Müller (Sagan, fr. Vp.), Dr. Paasche (nl.) u. Gen. vor.

den Reichskanzler zu ersuchen, zu dem Etat für das Reichsamt des Innern auf das Rechnungsjahr 1898 noch im Laufe der gegenwärtigen Tagung des Reichstags einen Ergänzungsetat vorzulegen, durch welchen für Kapitel 12 — Gesundheitsamt — ein neuer Titel eingestellt wird:

Zur Errichtung einer Biologischen Versuchsanstalt für wissenschaftliche Erforschung wirthschaftlich nutzbarer Lebensbeziehungen von Pflanzen und Thieren 30 000 Mk.

Zur Begründung erhält das Wort

Abg. **Müller** (Sagan, frs. Vp.): Der Abg. Schultz-Lupitz hat schon vor Jahren einen ähnlichen Antrag gestellt namentlich im Interesse der Feststellung der Vorbedingungen, welche für eine gedeihliche Fischzucht nothwendig sind. Wir beabsichtigen mit unserem Antrage, die Regierung zu einem rascheren Tempo in den Arbeiten auf diesem Gebiete zu veranlassen. Es ist in der Budgetkommission gesagt, eine Reichsanstalt könne nicht wie Zeus aus dem Haupte der Minerva (Große Heiterkeit) hervorspringen. Wenn man aber bedenkt, daß hier nur 2400 Mk. — sage und schreibe zweitausendvierhundert Mark — für einen technischen Hilfsarbeiter zur Lösung dieser wichtigen Frage eingestellt sind, so muß man doch sagen: Parturiunt montes, nascetur ridiculus mus. Es kreiset ein Mäuslein, und Berge werden geboren (Stürmische Heiterkeit.).

Staatssekretär Dr. Graf **v. Posadowsky:** Ich stehe dem Antrage durchaus wohlwollend gegenüber, denn die landwirthschaftlichen Versuchsstationen haben sich bisher vorzugsweise nur mit Untersuchungen in Flüssen beschäftigt. Beim Reichsgesundheitsamt ist aber auch nicht blos ein Hilfsarbeiter mit diesen Fragen beschäftigt, sondern eine ganze Anzahl Kräfte. Es wäre zu erwägen, ob man wirklich eine eigene Abtheilung beim Reichsgesundheitsamt dafür bilden könnte; vielleicht wird man auch dazu gelangen, ein eigenes Institut zu begründen. Jedenfalls läßt sich eine besondere Reichsanstalt so schnell, wie die Herren denken, nicht begründen. Dazu ist ein Physiologe, ein Entomologe, ein Pomologe ꝛc. nothwendig. Wir wollen aber demnächst eine Kommission einsetzen, die sich mit dieser Frage beschäftigen wird, und sowohl Herr Dr. Schultz-Lupitz wie der Antragsteller werden Gelegenheit haben, in derselben geeignete Vorschläge zu machen. In diesem Etat wird sich die Sache aber nicht mehr erledigen lassen, und ich bitte die Herren daher bis zum Etat 1899/1900 zu warten.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Abg. von Kardorff (Reichsp.): Wir hätten gewünscht, daß uns schon im Vorjahr die Auskunft erteilt worden wäre, die uns der Herr Staatssekretär soeben gegeben hat. Schon im Vorjahr hat mein Freund Schultz-Lupitz auf die Schäden hingewiesen, die der Landwirtschaft erwachsen, weil dieses Gebiet noch nicht genügend erforscht ist. Da hätte man doch wahrhaftig erwarten müssen, daß die Regierung mehr gethan hätte, als 2400 M. für einen Hilfsarbeiter im Reichsgesundheitsamt zu verlangen. Es handelt sich um eine Frage, die für die gesamte Volksernährung von der größten Wichtigkeit ist. Wir wissen heute noch sehr wenig über die Natur der Getreidekrankheiten, noch gar nichts über den Rost der Erbsen und über andere Schädlinge unserer Kulturpflanzen. Die nötigen Gelehrten sind schon da, für 2400 Mark wird allerdings keiner zu finden sein. In Amerika hat man mit einem Institut, wie wir es fordern, die günstigsten Erfahrungen gemacht. Eine Kommission, wie sie der Staatssekretär fordert, halte ich für ganz unnötig. Das Reich giebt gegenwärtig für die physikalisch-technische Reichsanstalt, die doch wesentlich der Industrie zu gute kommt, 300 000 Mark aus, da wird es doch auch wohl 30 000 Mark für ein ähnliches landwirtschaftliches Institut tragen können. Ich hoffe, daß das Haus unseren Antrag annehmen wird.

Staatssekretär Dr. Graf **v. Posadowsky**: Herr Schulz-Lupitz scheint anderer Meinung zu sein, als Herr v. Kardorff, denn er hat in Vorjahren erklärt, daß er durchaus mit der Einsetzung einer Kommission einverstanden sei. Wir haben bereits eine Liste der hervorragendsten Gelehrten zusammengestellt, und werden bald eine Konkurrenz zusammenberufen. Auch der preußische Landwirtschaftsminister steht dieser Frage durchaus wohlwollend gegenüber. Preußen soll schon einen ganz bestimmten Plan haben, eine Anstalt in der Nähe von Berlin zu errichten. Jedenfalls werde ich die Sache fortgesetzt im Auge behalten.

Abg. Wurm (Soz.): Man dürfe diese Sache nicht auf die lange Bank schieben. Es seien genügend Gelehrte in Deutschland vorhanden; Konferenzen seien unnötig. Seine Partei werde für den Antrag stimmen.

Abg. Müller (Sagan, frs. Vp.) dankt dem Staatssekretär für seine wohlwollende Erklärung, leider fasse er aber die wissenschaftliche Aufgabe, die man hier im Sinne habe, zu eng. Es handle sich nicht allein um Krankheiten, sondern um alle möglichen Wechselbeziehungen, die in ihren Wirkungen noch nicht erforscht sind. Er erinnere an die Darwinsche Theorie der Wechselwirkungen zwischen alten Jungfern und der Blüte Englands: Je mehr alte Jungfern, desto mehr Katzen, desto weniger Mäuse, desto mehr Hummeln, desto besser der Klee, desto fetter die Ochsen, desto kräftiger die Engländer. (Heiterkeit.)

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Mittwoch 2 Uhr. (Anträge betr. Besteuerung von Saccharin. Antrag Auer betr. Koalitionsrecht.)

Schluß 5¾ Uhr.

Der Rhein als Betriebskraft unseres geplanten Elektrizitätswerks.

(Schluß.)

Die beim Oeffnen des Wehres entstehende, sich mehr und mehr verflachende Stauwelle ist weder den Ufern noch den zu Berg fahrenden Schiffen nachteilig. Ihre Wirkung auf die Ufer wird in einem raschen aber ruhigen Steigen und dann in einem langsamen Fallen des Wassers bestehen; ein Wellenschlag, wie ihn vorbeifahrende Dampfer erzeugen, tritt nicht ein. Das zu Berg fahrende Schiff wird von der Stauwelle gehoben und hat, nachdem der Wellenberg unter ihm weggetrieben ist, eine weniger geneigte Wasserfläche zu durchfahren, als vorher. Die Hebung des Schiffes durch die abwärts fließende Stauwelle wird erfolgt sein, bevor die größere Geschwindigkeit des Wassers einen hemmenden Einfluß auf dasselbe ausgeübt hat.

Der Schiffahrt bringen die Wehre keinerlei Nachteile, da sie immer rechtzeitig geöffnet werden, sodaß die Schiffe ohne jedes Stopfen und Langsamfahren passieren können. Das tiefere Fahrwasser, welches die Wehre bei Kleinwasser bewirken, ist dagegen für die Schiffahrt ein unberechenbarer Vorteil.

Die Umwandlung der kinetischen Energie des strömenden Wassers in elektrische erfolgt, wie bereits oben ausgeführt wurde, im Wehr selbst, durch Wasserkraft und Dynamomaschinen. Da die geringe Stauung nur eine geringe Durchlaufgeschwindigkeit bedingt, die Dynamos aber eine rasche Rotation erfordern, so wird man um, mehrfache Uebersetzung zu vermeiden, zweckmäßig rasch laufende Wasserkraftmaschinen anlegen. Als solche sind Turbinen mit horizontaler Achse vorgeschlagen worden, die eine Schraube oder eine Anzahl Flügel tragen, also nach Art der Schraubenturbine oder nach Art des bekannten Woltmannschen Flügels konstruiert sind. Je nach der Stellung der Schraubenschaufel oder der Flügelflächen zur Richtung des durchströmenden Wassers kann man beliebig große Geschwindigkeiten erzielen und die Wasserkraftmaschinen der gewählten Dynamomaschine anpassen. Der in der Achsrichtung wirkende starke Zapfendruck läßt sich durch geeignete Konstruktion des Zapfens unschädlich machen. Solch' ein starker Zapfendruck findet ja auch am vorderen Ende der Schraubenwelle eines Schleppdampfers statt. Durch eine Kombination zweier Räder auf einer quer zur Strömung liegenden Achse, zwischen welchen das Wasser eintritt, läßt sich dieser Druck ganz aufheben.

Die Dynamomaschine kann bei dieser Anordnung direkt auf der Turbinenachse sitzen. In allen Fällen ist eine Achse durch eine Stopfbüchse (ähnlich wie bei den Schraubendampfern) in die Maschinenkammer zu führen. Bei dem geringen Druck, der auf dieser Stopfbüchse lastet, wird deren Reibung kaum in Betracht kommen.

Die Leitung der vom Wehr erzeugten elektrischen Energie zum Lande erfolgt mittelst blanker Drahtleitungen durch die Luft oder durch Kabel über den Boden des Flusses nach einer an geeigneter Stelle anzulegenden Akkumulatorenstation. In den Akkumulatoren ist mindestens soviel Energie anzusammeln, daß während des Oeffnens des Wehres die Stromabgabe nicht unterbrochen wird. Wieweit solche darüber hinaus noch zur Ausgleichung der täglichen Schwankungen im Stromverbrauch angesammelt werden muß, ist in jedem Einzelfalle nach Lage der Verhältnisse zu ermitteln. Hier sei nur noch erwähnt, daß ein elektrischer Akkumulator zum Aufspeichern der Wehrenergie für längere Zeit, als Teile unseres Tages, zu teuer wird und nicht in Betracht kommen kann, daß dagegen seit einiger Zeit im Calcium-Carbid ein neuer Akkumulator bekannt ist, welcher es ermöglicht, die bei guten Wasserverhältnissen vom Wehr erzeugte Energie tage-, ja wochen- und monatelang aufzuspeichern und sie bei ungünstigen Wasserverhältnissen wieder abzugeben. Konstruiert man ein Wehr nicht für die kleinste Wassermenge des Stromes, sondern für Kleinwasser, sogenanntes gemitteltes Niederwasser, und stellt mit der dadurch mehr erzeugten elektrischen Energie Calcium-Carbid dar, so kann man vielleicht nur 10 Monate des Jahres mit Wasserkraft arbeiten, in dieser Zeit aber dem Strom mehr Kraft entziehen, als mit einem für kleinstes Niederwasser konstruierten Wehr in 12 Monaten. In den beiden Monaten des kleinsten Wasserstandes bezw. des größten Hochwassers und des Eisgangs wird man die Wehre in einen Hafen bringen und hier soviel Wehrdynamos mit Acetylen-Gaskraftmaschinen treiben können, als der verlangte Licht- und Kraftstrom erfordert.

Die Wirkung der kraftentziehenden schwimmenden Motorenwehre auf einen Strom wird in einer besonders bei Kleinwasser merkbaren Verlangsamung der Stromgeschwindigkeit und in einer entsprechenden Vertiefung des Wassers bestehen.

Die Kraftentziehung erfolgt auf Kosten der bisherigen Reibungsarbeit des Stromes, bezw. auf Kosten der bisherigen Geschwindigkeit.

Ueber die Leistungen und die Kosten des schwimmenden Durchlauf-Wehr finden wir in deutschen Fachzeitschriften eine Ueberschlags-Berechnung. Derselben ist eine Ausführung der Erfindung im Großen, auf dem Rhein bei Koblenz, zu Grunde gelegt. Ein den ganzen, dort 300 m breiten Strom umfassendes, aus 6 Teilen, bestehendes Wehr soll bei Kleinwasser eine Stauung von 0,32 m Höhe bewirken und den sekundlich durchfließenden 600 m Wasser eine Kraft von 2544 HP entziehen, aus der nach Abzug aller möglichen Verluste, besonders auch der Zeit zum Oeffnen des Wehrs für die Schiffahrt, ein elektrischer Strom von 1200 HP gewonnen wird. Nach Abzug der durch die Akkumulierung entstehenden weiteren Verluste liefert die Anlage im 24stündigen Durchschnitt noch 967 HP oder 712 Kilowatt und im Maximum 2900 HP elektrische Energie. Die Gesamtanlagekosten sind zu 1762 000 M. berechnet, die Betriebskosten sollen jährlich 32 000 M. erfordern, sodaß die Selbstkosten einer Kilowattstunde bei einer Verzinsung und Amortisation des Anlagekapitals von 16 Proz. nur 5 Pfg. betragen. Die Dampf-Elektrizitätswerke geben den Strom zu motorischen Zwecken nicht unter 16 Pfennig pro Kilowattstunde ab, und berechnen für Lichtstrom sogar 60—80 Pfg. Setzt man den vom Frankfurter Elektrizitätswerk pro 1896 erzielten Durchschnittssatz von 28 Pfennigen in die Rechnung ein, so wird die ganze Wehranlage samt Akkumulatorenanlage schon in einem Jahre frei.

Vergleicht man diese Kosten mit den Selbstkosten eines Dampf-Elektrizitätswerkes, so ergiebt sich ein sehr bedeutender Gewinn aus dem schwimmenden Durchlauf-Wehr. Die Anlagekosten eines Dampf-Elektrizitätswerks sind den Anlagekosten eines schwimmenden Motoren-Wehrs gleich, und man kann die Kohlenkosten als Gewinn betrachten. Diese betragen pro HP und Jahr mindestens 100 Mark.

Da sich aus den Flüssen und schiffbaren Strömen bei kleinstem Wasserstand mindestens 2 000 000 HP ohne jeden Nachteil nutzbar machen lassen, so ist ersichtlich, welche eminente volkswirtschftliche Bedeutung der Erfindung zugesprochen werden muß. Sie erscheint als die Konsequenz der großen Erfindungen der elektrischen Kraftübertragung und der Kraftaufspeicherung und paßt genau in unsere für sie reife Zeit.

Soweit der Artikel der elektrotechnischen Zeitschriften. Wenn die Berechnungen richtig sind, und wir haben nach ihrer Aufnahme in den Fachschriften keinen Grund, daran zu zweifeln, so würde die Benutzung des Rheins bei Maxau, der dort ein viel größeres Gefälle und viel geringere Schiffahrt hat als bei Koblenz und somit auch eine größere Stauhöhe erhalten kann, sehr zu empfehlen sein. Die Uebertragung der elektrischen Energie auf die kurze Entfernung bis in unsere Stadt macht bei dem heutigen Stande der Elektrotechnik gar keine Schwierigkeiten. Jedenfalls verdient die Sache eine genaue Prüfung.

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur:
Otto Reuß.
Verantwortlich für den Anzeigenteil: Ludwig Lorbach,
beide in Karlsruhe.

Gestorben.

Laufen 22. Jan. Johann Jakob Kaltenbach, 70 J.
Wiechs, 23. Jan. Fritz Link, Wagner, 69 J.

Badische Landeszeitung

mit täglichem Unterhaltungsblatt, wöchentlicher Verlosungsbeilage und Parlaments-Ausgabe.

Karlsruhe.

Täglich 2malige Ausgabe.

Preis pro Quartal Mk. 2.50.

Bedeutendstes nationalliberales Organ in Baden.

Umfassender telegraphischer Dienst.

Populär geschriebene **Leitartikel** und politische **Tagesübersichten.**

Reichhaltige **badische Chronik.** Besondere Berücksichtigung der Vorkommnisse in der **Residenz.**

Tägliches Unterhaltungsblatt mit reichem belehrendem und unterhaltendem Inhalt, Humoristisches, Rätsel **etc.**

Telegraphische Coursnotizen.

Zithermusikalien empfiehlt in größter Auswahl und versendet Catalog gr. u. fr. **G. O. Uhse, Berlin O. 27.** [421

Annanas-Rum
Feinster Theebeiguss!
Unerreicht zu Grog und Punsch!
Absoluteste Reinheit garantiert!
2 Orig.-Bast-Flasch. M. 6.— } frk. inkl.
4-Liter-Post-Faß „ 10.— } Nachn.
Tho. Nissen, Flensburg Nr. 6.
Rum-Importeur. 9—2

Hufeisen-H-Stollen (Patent Neuss)

Stets scharf! Kronentritt unmöglich!
Das einzig Praktische für glatte Fahrbahnen!
Vorsicht! Um vor werthlosen Nachahmungen zu schützen, versehen wir jetzt jeden einzelnen unserer H-Stollen mit nebenstehender Schutzmarke. Man achte hierauf beim Einkauf!
Schutz- L Co Marke.
Preislisten und Zeugnisse gratis und franco.
Leonhardt & Co.
Berlin N. W., Schiffbauerdamm 3.

Dr. Kuntze's unübertroffene **Hustenbonbons** in allen Apotheken und besseren Geschäften à 25Pf per Carton zu haben. 288.—7

Brauerei zu kaufen gesucht.
Es wird eine **Brauerei,** der Neuzeit eingerichtet, in einem Städtchen, auch sonst guter Verkehrsplatz nicht ausgeschlossen, bei guter Anzahlung zu kaufen gesucht, eventuell würde auch in einer großen Brauerei eine Stelle als Braumeister oder ein Vertrauensposten angenommen. Brauerdiplom und beste Referenzen. Strengste Diskretion zugesichert. Offerten an die Expedition d. Bl. unter Nr. 569.2.2

Druck und Verlag von Otto Reuß, Hirschstraße Nr. 9 in Karlsruhe.